



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze, Claudia Stamm, Rosi Steinberger, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Dr. Christian Magerl, Gisela Sengl, Markus Ganserer, Martin Stümpfig** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Nachtragshaushaltsplan 2016;

hier: LGL stärken

(Kap. 12 23 Tit. 111 01 u. 422 01)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Nachtragshaushalts 2016 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 12 23 werden die Tit. 111 01 und 422 01 um jeweils 1.154,5 Tsd. Euro erhöht.

Mit den zusätzlichen Mitteln werden 20 zusätzliche Planstellen für die Spezialeinheit Lebensmittelsicherheit eingerichtet.

Somit wird die Zahl der Personalstellen in dieser Spezialeinheit um 40 statt um 20 Planstellen aufgestockt.

Der Stellenplan wird über das Nachtragshaushaltsgesetz entsprechend angepasst.

Begründung:

Nachdem es bei der Firma Bayern-Ei offensichtlich zu größeren Problemen bei den Kontrollen gekommen war und seitens der Staatsregierung festgestellt wurde, dass „Landratsämter, in deren Zuständigkeitsbereich Lebensmittel erzeugende Großbetriebe liegen, nicht in jedem Fall über die nötige Ausstattung verfügen, um derartige Betriebe mit bis zu 400.000 Tieren ohne Unterstützung durch Spezialisten des LGL umfassend und auf höchstmöglichem fachlichem Niveau zu kontrollieren“, sind für die „Spezialeinheit Lebensmittelsicherheit“ des LGL 40 neue Planstellen notwendig.

Die Staatsregierung teilt diese Auffassung: In der Sondersitzung des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz am 1. Juli 2015 wurde seitens der Staatsregierung dargelegt, dass 40 neue Stellen am LGL eingerichtet werden sollen. Die Staatsministerin für Umwelt und Verbraucherschutz, Ulrike Scharf, hat explizit um Unterstützung für diese Stellen gebeten. Diese Unterstützung sollte ihr nicht verweigert werden.

Sollte nun eine geringere Menge an Planstellen eingerichtet werden, erweckt dies den Eindruck, die Staatsregierung sehe die Vorkommnisse um die Firma Bayern-Ei als nicht so problematisch an, wie sie tatsächlich sind und gehe auf die berechtigten Forderungen der zuständigen Staatsministerin nicht ein.

Zitate von Frau Staatsministerin Ulrike Scharf in der Sondersitzung des Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz vom 1. Juli 2015 laut offiziellem Protokoll:

Zitat 1:

„Zur nächsten Frage nach den Stellen, Herr Scheuenstuhl: Ich habe im Ministerrat meinen Vorschlag so aufbereitet, dass wir von 40 zusätzlichen Stellen reden. So wurde es auch gebilligt. Jetzt kommt der nächste Schritt, dass diese Stellen nämlich Sache des Nachtragshaushalts sein werden. – Diese 40 Stellen sind für die Spezialeinheit des LGL, für die besondere Kontrolle und Unterstützung.“

Zitat 2:

„Ich bitte Sie jetzt auch, mitzuhelfen, dass wir im Nachtragshaushalt die personelle Verstärkung für unsere Spezialeinheit im LGL bekommen, um dieser Form und Komplexität der Haltungsbetriebe auch in der Kontrolle gerecht werden zu können.“